

Report for Greenpeace

Arming Europe

Military expenditures and their economic impact in Germany, Italy, and Spain

Chiara Bonaiuti, Paolo Maranzano, Mario Pianta, Marco Stamegna

November 2023

Authors

Chiara Bonaiuti is a researcher associate at Jean Monnet Centre of Newcastle University; Paolo Maranzano is a researcher in Economic Statistics at the Università di Milano Bicocca; Mario Pianta is professor of Economic Policy at Scuola Normale Superiore, Faculty of Political and Social Sciences in Florence; Marco Stamegna is a post-doc researcher at Scuola Normale Superiore, Faculty of Political and Social Sciences in Florence.

Vorwort

Wer die 1980-er Jahre, ein Jahrzehnt der Aufrüstung zwischen Ost und West, und dann das Ende des Ost-West-Konflikts, die Abrüstung und Jahre sinkender Militärbudgets in Europa erlebt hat, wird gehofft haben, dass es nicht wieder dazu kommt, dass erhebliche Teile des Bruttoinlandsprodukts in die Rüstungsindustrie fließen würden. Diejenigen, die nach 1981 in Westeuropa geboren wurden, die Generationen X und Y, haben wahrscheinlich nicht einmal gedacht, dass die Militärausgaben jemals wieder in Richtung des Niveaus von vor 1989/90 zurückkehren könnten. Doch nun drohen die Länder Westeuropas in diese Zeiten der Abschreckung und Aufrüstung zurückzufallen. Auf ihrem Gipfeltreffen in Vilnius im Juli 2023 haben die NATO-Staaten beschlossen, die Höhe ihrer Militärausgaben noch einmal zu steigern. So soll die bisherige Zielmenge von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts künftig nur noch die Untergrenze sein. Für mehr als die Hälfte der Länder bedeutet dies eine Erhöhung ihrer Militärbudgets, zum Teil drastisch.

Allein in Italien, Spanien und Deutschland sind Investitionen im dreistelligen Milliardenbereich geplant. Auch andere EU-Länder planen eine zum Teil erhebliche Aufstockung ihrer Militärbudgets. Dies geschieht zu einer Zeit, in der sich die europäische Wirtschaft noch nicht von den Folgen der Covid-19-Pandemie erholt hat und auch unter den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine leidet. Gleichzeitig leiden insbesondere die westeuropäischen Volkswirtschaften im Vergleich zu den USA und Schwellenländern wie China und Indien unter einem schwachen Wachstum.

In dieser Studie analysieren Mario Pianta, Professor für politische Ökonomie an der Universität Florenz, und sein Team im Auftrag von Greenpeace Italien, Greenpeace Spanien und Greenpeace Deutschland vor diesem Hintergrund die Auswirkungen der massiven Vergabe knapper staatlicher Mittel an die Rüstungsindustrie und das Militär. Untersucht werden die Militärausgaben der letzten zehn Jahre, ihr Anteil an den gesamten Staatsausgaben und ihre Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Der Bericht schließt mit einem Vergleich des volkswirtschaftlichen Stimulus von Investitionen in das Militär im Vergleich zu solchen in Umweltschutz, Bildung und Gesundheit.

Angesichts des russischen Einmarsches in der Ukraine im Jahr 2022 kann "Sicherheit" derzeit kaum in ausschließlich zivilen Begriffen gedacht werden. Umgekehrt gilt aber auch, dass Sicherheit nicht ausschließlich in militärischen Begriffen gedacht werden kann. Das Konzept der menschlichen Sicherheit, das von den Vereinten Nationen in der Resolution 66/290 verabschiedet wurde, basiert auf der Einsicht, dass Frieden und Stabilität nur dann erreicht bzw. langfristig erhalten werden können, wenn die Grundbedürfnisse der Menschen erfüllt werden. Dazu gehören eine gesunde Umwelt, soziale Sicherheit, Bildung etc. Dies erfordert finanzielle Mittel, die wiederum erwirtschaftet werden müssen. Doch jeder Euro, der für das Militär ausgegeben wird, kann nicht an anderer Stelle eingesetzt werden und gefährdet somit die Umsetzung der nicht-militärischen Dimension der Sicherheit.

Greenpeace Italien, Greenpeace Spanien und Greenpeace Deutschland möchten Mario Pianta und seinem Team dafür danken, dass sie in dieser Studie die wirtschaftliche Dimension der Militärausgaben analysiert und eingeordnet haben und uns allen eine Vorstellung von den wirtschaftlichen und sozialen Folgen geben, die eine übermäßige Aufrüstung haben kann.

Alexander Lurz

Kampagner Frieden und Abrüstung Greenpeace

Zusammenfassung

Die europäischen Länder sind auf dem Weg zu einem immer höheren Grad der Aufrüstung. In den letzten zehn Jahren sind die Militärausgaben der NATO-EU-Länder (gemäß den NATO-Definitionen und -Daten) um fast 50 % gestiegen, von 145 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf ein prognostiziertes Budget von 215 Milliarden Euro im Jahr 2023 (gemessen in konstanten Preisen von 2015). Diese Summe ist größer als das jährliche BIP eines Landes wie Portugal. Aufgrund des Krieges in der Ukraine werden die Ausgaben 2023 voraussichtlich real um fast 10 % gegenüber dem Vorjahr steigen. Die NATO-EU-Länder insgesamt geben derzeit 1,8 % des BIP für ihre Streitkräfte aus und liegen damit nahe an dem von der NATO gesetzten Ziel von 2 %.

Dieser Bericht, der von den drei Greenpeace-Büros in Deutschland, Italien und Spanien in Auftrag gegeben wurde, untersucht den Anstieg der Militärausgaben in Europa mit Schwerpunkt auf diesen drei Ländern. Innerhalb eines Jahrzehnts hat Deutschland seine realen Militärausgaben um 42%, Italien um 30 % und Spanien um 50 % erhöht. In allen Ländern ist dieser Anstieg ausschließlich auf den Erwerb von Waffen und Ausrüstung zurückzuführen. Im Jahr 2023 beliefen sich die Rüstungsausgaben in den NATO-EU-Ländern auf 64,6 Milliarden Euro (+270 % in einem Jahrzehnt); Deutschland verdreifachte seine Ausgaben auf 13 Milliarden Euro, Italien erreichte 5,9 Milliarden Euro und Spanien 4,3 Milliarden Euro. Die EU-Waffeneinfuhren (basierend auf Daten des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI) sind sprunghaft angestiegen und haben sich zwischen 2018 und 2022 verdreifacht. Die Hälfte aller Einfuhren kommt aus den USA.

Die Europäische Union hat sich dem Weg der Aufrüstung angeschlossen. Nachdem sie jahrzehntlang keine Rolle in militärischen Angelegenheiten gespielt hat, hat die EU den Europäischen Verteidigungsfonds ins Leben gerufen, mit 7,9 Milliarden Euro für neue Rüstungsforschung und -produktion im Zeitraum 2021-2027 sowie die Europäische Friedensfazilität mit 12 Milliarden Euro für Militärhilfe und -lieferungen im gleichen Zeitraum.

Ein solcher Anstieg der Militärausgaben und der Rüstungsbeschaffung steht in krassem Gegensatz zur Stagnation der EU-Volkswirtschaften. In der Gesamtheit der NATO-EU-Länder sind das reale BIP zwischen 2013 und 2023 um 12 % (durchschnittlich etwas mehr als 1 % pro Jahr) und die Gesamtbeschäftigung um 9 % gestiegen, die Militärausgaben aber um 46 %, also fast viermal schneller als das Volkseinkommen. Bei den Neuinvestitionen ist das Bild noch dramatischer: Während die Kapitalbildung um 21 % gestiegen ist, haben die Rüstungsausgaben in allen NATO-EU-Ländern um 168 % - achtmal so schnell! - zugenommen. In Deutschland, Italien und Spanien sind die Verhältnisse bei den Wachstumsraten im Großen und Ganzen ähnlich. Rüstungsgüter absorbieren einen rasch wachsenden Anteil der Ressourcen, die die Länder für neue Produktionskapazitäten, neue Technologien und neue Infrastrukturen aufwenden.

In einer Zeit, in der man sich Sorgen um die öffentlichen Finanzen macht, geht ein solcher Anstieg der Militärausgaben auf Kosten anderer öffentlicher Ausgaben. In der Gesamtheit der NATO-EU-Länder stiegen die Gesamtausgaben des Staates innerhalb eines Jahrzehnts real um 20 % (durchschnittlich etwa 2 % pro Jahr). Die Militärausgaben stiegen jedoch doppelt so schnell, nämlich um 46 %, im Gegensatz zu den geringeren Zuwächsen in den Bereichen Bildung (+12 %), Umweltschutz (+10 %) und Gesundheit (+34 %).

Die Rüstungsbeschaffung kann mit den Investitionsausgaben der öffentlichen Hand verglichen werden. In den NATO-Ländern der EU stiegen letztere innerhalb eines Jahrzehnts um 35 %, die Rüstungsbeschaffung jedoch um 168 %, also fast fünfmal so schnell. Deutschland und Spanien entsprechen im Großen und Ganzen den EU-Mustern, während Italien aufgrund seiner beschränkten öffentlichen Finanzen ein weniger dynamisches Wachstum seiner Ausgaben aufweist.

Welche wirtschaftlichen Auswirkungen haben die Militärausgaben auf Wachstum und Beschäftigung? Und wie verhalten sie sich im Vergleich zu den öffentlichen Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Umwelt? Eine Ausgabe in Höhe von einer Milliarde Euro schafft eine Nachfrage nach Vorleistungsgütern und Dienstleistungen aus allen Wirtschaftszweigen; ein Teil dieser Nachfrage fließt in Importe aus dem Ausland, die die inländische Produktion nicht erhöhen; der Wert der Importe muss daher bei der Schätzung der erwarteten wirtschaftlichen Auswirkungen von den ursprünglichen Ausgaben in Höhe von einer Milliarde Euro abgezogen werden. Solche Ströme können durch Input-Output-Tabellen dokumentiert werden, die es uns ermöglichen, die daraus resultierenden Veränderungen in der nationalen Produktion und Beschäftigung zu schätzen.

In Deutschland führen Ausgaben in Höhe von einer Milliarde Euro für die Beschaffung von Rüstungsgütern zu einem Anstieg der inländischen Produktion um 1,23 Milliarden Euro. In Italien beträgt der daraus resultierende Anstieg nur 741 Millionen Euro, da ein größerer Teil der Ausgaben in Importe fließt. In Spanien beläuft sich der Anstieg der inländischen Produktion auf 1,284 Milliarden Euro. Der Beschäftigungseffekt entspricht 6.000 zusätzlichen (Vollzeit) Arbeitsplätzen in Deutschland, 3.000 in Italien und 6.500 in Spanien.

Die Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung sind deutlich größer, wenn die eine Milliarde Euro für Bildung, Gesundheit und Umwelt ausgegeben wird. Die größte Auswirkung ist im Bereich des Umweltschutzes zu verzeichnen, mit einem Produktionszuwachs von 1,752 Milliarden Euro in Deutschland, 1,9 Milliarden Euro in Italien und 1,827 Milliarden Euro in Spanien. In den Bereichen Bildung und Gesundheit liegt der zusätzliche Output zwischen 1,19 und 1,38 Milliarden Euro. Was die

Beschäftigungseffekte angeht, so könnten in Deutschland durch eine Milliarde Euro 11.000 neue Arbeitsplätze im Umweltbereich, fast 18.000 Arbeitsplätze im Bildungswesen und 15.000 Arbeitsplätze im Gesundheitswesen geschaffen werden. In Italien reichen die entsprechenden Zahlen von 10.000 Arbeitsplätzen im Umweltbereich bis zu fast 14.000 im Bildungswesen. In Spanien würde der Beschäftigungseffekt zwischen 12.000 neuen Arbeitsplätzen im Umweltsektor und 16.000 im Bildungswesen liegen. Die Auswirkungen auf die Beschäftigung sind also zwei- bis viermal so hoch wie bei einer verstärkten Beschaffung von Waffen.

Diese Ergebnisse unterstreichen den problematischen Charakter des derzeitigen Anstiegs der europäischen Militärausgaben. Aus sicherheitspolitischer Sicht wäre es für ein stärker militarisiertes Europa nach wie vor schwierig, aktuelle Konflikte zu lösen, und höhere Ausgaben könnten zu neuen Rüstungswettläufen führen, die die internationale Ordnung um Europa herum weiter destabilisieren.

Aus wirtschaftlicher Sicht ist Aufrüstung ein "schlechtes Geschäft". Steigende Militärausgaben führen in Europa zu einem geringeren Wirtschaftswachstum, zur Schaffung von weniger Arbeitsplätzen und zu einer geringeren Qualität der Entwicklung. Die Alternativen – mehr Ausgaben für Umwelt, Bildung und Gesundheit – hätten bessere Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung und würden die Lebensqualität und die Umwelt in Europa erheblich verbessern.

Zur vollständigen [Studie „Arming Europe“](#)

Impressum